

# Geschäfte des EFD 2012

## 3. Quartal

### Bundesfinanzen

- **Finanzausgleich:** Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) hat die Ausgleichszahlungen der einzelnen Kantone für das Jahr 2013 ermittelt. Die Kantone Schaffhausen und Tessin werden neu ressourcenstark, während Basel-Landschaft wiederum zur Gruppe der ressourcenschwachen Kantone wechselt. Die stärkste Zunahme des Ressourcenindex verzeichnet der Kanton Schwyz, während in Zürich die Abnahme am deutlichsten ist. Die Berechnungen werden den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. (3.7.)
- **Neuer EVF-Direktor:** Der Bundesrat hat Dr. Serge Gaillard zum Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) ernannt. Der 57-jährige Serge Gaillard wird sein Amt am 1. Oktober 2012 antreten. Zurzeit leitet Herr Dr. Serge Gaillard die Direktion für Arbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Er ist Nachfolger von Dr. Fritz Zurbrügg, der am 1. August 2012 seine neue Tätigkeit im Direktorium der Schweizerischen Nationalbank aufnehmen wird. (4.7.)
- **PUBLICA:** Der Bundesrat hat Serge Gaillard, ab 1. Oktober 2012 Direktor Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV), zum neuen Mitglied der Kassenkommission PUBLICA gewählt. Er ersetzt dort den früheren EFV-Direktor Fritz Zurbrügg. (13.9.)
- **Hochrechnung 2012:** Für 2012 rechnet der Bund anstelle eines ausgeglichenen Haushalts mit einem Überschuss von rund 1,5 Milliarden Franken. Die Verbesserung ist auf hohe Minderausgaben zurückzuführen. Die Einnahmen hingegen dürften den Budgetwert nicht erreichen. Die Grundlage der Hochrechnung sind die bis Ende Juni verbuchten Einnahmen und Ausgaben. (15.8.)
- **Öffentliche Finanzen:** Nach dem Rückgang der Rechnungsergebnisse 2010 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Finanzen der öffentlichen Haushalte 2011 wieder erholt. Die befürchtete Abschwächung ab 2012 bleibt infolge verbesserter Konjunkturaussichten und hoher Minderausgaben beim Bund aus. Kantone und Sozialversicherungen verzeichnen wieder deutliche Überschüsse, während die Saldi des Bundes und der Gemeinden ab 2013 in etwa ausgeglichen sind. Die Bruttoschuldenquote geht in allen Sektoren weiter zurück. Dies zeigen die neuen Zahlen der Finanzstatistik. (30.8.)
- **KAP:** Der Bundesrat hat Eckwerte für eine Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) und die darin aufzunehmenden Massnahmen festgelegt. Das KAP 2014 wird den Haushalt 2014 bis 2016 jährlich um rund 700 Millionen Franken entlasten. Der Bundesrat kommt damit dem Auftrag nach, den ihm das Parlament mit einer Motion zur Aufgabenüberprüfung erteilt hat. (21.9.)
- **Voranschlag 2012:** Der Bundesrat hat den Nachtrag II zum Voranschlag 2012 verabschiedet. Er unterbreitet dem Parlament 13 Nachtragskredite von insgesamt 135 Millionen Franken. Die Kredite des Nachtrags II führen im laufenden Jahr zu einer Erhöhung der mit dem Voranschlag bewilligten Gesamtausgaben um 0,2 Prozent. (21.9.)

## Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

### In der Herbstsession verabschiedete Vorlagen

- **Nachrichtenlose Vermögen:** Nachrichtenlose Vermögen auf Konten von Schweizer Banken sollen nach 50 Jahren ohne Nachricht liquidiert werden können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Gesetzesänderung mit 39 zu 0 Stimmen genehmigt. Noch ist aber unklar, wie lange Erben einen Anspruch auf die Gelder erheben können. Der Nationalrat will den Konto-Inhabern nach der Kontoauflösung nochmals 50 Jahre lang einen Rechtsanspruch auf die Gelder gewähren. Erst dann würde das Geld an den Bund fließen. Dem Ständerat ist dies zu lang. Er lehnte deshalb den 50-Jahre-Rechtsanspruch nach der Vermögensauflösung mit 29 gegen 12 Stimmen ab. Das Geschäft geht zurück in den Nationalrat. (13.9.)
- **Finanzausgleich:** Der Ständerat will vorläufig nichts am Neuen Finanz- und Lastenausgleich (NFA) ändern. Er hat mit 30 zu 10 Stimmen eine Standesinitiative aus Schwyz abgelehnt. Der Kanton Schwyz will das NFA-System überarbeiten, weil er unter der finanziellen Belastung leide. Die von der Schwyzer Regierung ausgearbeitete Standesinitiative sieht vor, dass die armen Kantone besser gestellt werden. Im Mittelfeld soll gleichzeitig eine so genannte neutrale Zone geschaffen werden, um die Geberkantone zu entlasten. (13.9.)
- **Beschaffungen:** Der Ständerat hält nichts davon, im Beschaffungsrecht explizit zu regeln, dass Bietergemeinschaften und Subunternehmen von öffentlichen Ausschreibungen nicht ausgeschlossen werden

können. Er lehnte eine Motion aus dem Nationalrat ab. Die gesetzlichen Grundlagen genüßten vollauf, hielt die Mehrheit fest. Die Praxis gehe schon in die Richtung der Motionsforderung. Es genüge, wenn der Bund seine Information für solche Gemeinschaften aktuell halte. Die Motionärin Sylvia Flückiger (SVP/AG) sah kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die sich bei Ausschreibungen meist zusammenschließen müssen, durch die heutigen Regeln diskriminiert. (13.9.)

- **Bundespersonal:** Der Bundesrat will die Anstellungsbedingungen für das Bundespersonal der Privatwirtschaft annähern und unter anderem den Kündigungsschutz lockern. Der Nationalrat hat die geplanten Änderungen im Bundespersonalgesetz mit 126 zu 34 Stimmen angenommen. Die Revision schafft auch die Grundlage für Elternurlaube. Laut Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf entstehen durch die Gesetzesänderung keine zusätzlichen Kosten. Die Vorlage geht nun wieder in den Ständerat. Die SVP hatte das Geschäft an den Bundesrat zurückweisen wollen mit dem Auftrag, den Gesetzesentwurf zu überarbeiten und diesen bei dieser Gelegenheit noch enger als vorgesehen an das Obligationenrecht anzulehnen. Ausserdem seien Elemente wie Arbeitszeit, Kündigungsfristen, Ferien und Urlaub nicht in den Ausführungsbestimmungen, sondern im Gesetz zu regeln. Der Rückweisungsantrag wurde jedoch mit 122 zu 49 Stimmen abgelehnt. (17.9.)
- **Bankgeheimnis:** Der Nationalrat will die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug in der Schweiz vorerst nicht aufheben. Er hat eine Motion von Louis Schelbert (Grüne/LU) mit 105 zu 56 Stimmen abgelehnt. Schelbert forderte, dass die inländischen Steuerbehörden für Ermittlungen bei Verdacht auf Steuerdelikte die gleichen Möglichkeiten erhalten sollen wie die ausländischen. Heute seien die Spiesse ungleich lang, kritisierte er. Der Bundesrat hatte sich gegen die Motion ausgesprochen, aber eine Prüfung der Frage in Aussicht gestellt. Solche Änderungen müssten umfassend angegangen werden, sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Die Arbeiten seien in Gang. Sie werde dem Bundesrat "demnächst" ein Aussprachepapier vorlegen. (17.9.)
- **Öffentliche Beschaffungen I:** Der Bundesrat muss nicht darlegen, wie die Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Sprachregionen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch den Bund verbessert werden könnte. Der Nationalrat hat ein Postulat von Antonio Hodgers (Grüne/GE) mit 86 zu 82 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Es sei eine Tatsache, dass der Grossteil der Aufträge an Deutschschweizer Unternehmen gehe, stellte Hodgers fest. In den allermeisten Fällen werde das Vergabeverfahren auf Deutsch abgewickelt. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf räumte ein, es habe Fehler gegeben. Dem Bundesrat sei aber die Gleichbehandlung der Amtssprachen wichtig. (17.9.)
- **Öffentliche Beschaffungen II:** Firmen, die Stellen zur beruflichen Integration von Behinderten anbieten, sollen bei der Vergabe von Aufträgen im öffentlichen Beschaffungswesen nicht bevorzugt behandelt werden. Der Nationalrat hat eine Motion aus den Reihen der Grünen mit 102 zu 63 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Das Anliegen sei nachvollziehbar, sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Der Berücksichtigung solcher Kriterien seien im öffentlichen Beschaffungswesen aber enge Grenzen gesetzt. Die Firmen müssten anders motiviert werden. (17.9.)
- **Öffentliche Beschaffungen III:** Der Bund soll nicht bei allen Beschaffungen oder Investitionen Schätzungen zu den Folgekosten und Folgeaufträgen veröffentlichen müssen. Der Nationalrat hat eine Motion der SVP-Fraktion mit 99 zu 69 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sagte mit Blick auf das Informatikprojekt INSIEME, in den letzten Jahren sei einiges schief gelaufen. Die Forderung erübrige sich aber, ein besseres Controlling sei geplant. Auch gebe es bereits Bestimmungen, die für Transparenz sorgten. (17.9.)
- **Steuern I:** Der Bund wird nicht verpflichtet, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit einem Informationsblatt über die wichtigsten Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben des Bundes zu informieren. Der Nationalrat hat eine Motion der SP-Fraktion mit 105 zu 63 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die SP hätte ein Informationsblatt als vertrauensfördernde Massnahme betrachtet. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sagte, die Bundesverfassung überlasse die Veranlagung und den Bezug der direkten Bundessteuer den Kantonen. Diese sei damit auch für die Information der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zuständig. (17.9.)
- **Steuern II:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung soll nicht mehr Personal erhalten. Der Nationalrat hat eine Motion der SP-Fraktion mit 116 zu 56 Stimmen abgelehnt. Die SP wollte den Bundesrat beauftragen, die Steuerverwaltung aufzustocken, damit Steuerbetrug und Steuerhinterziehung konsequent aufgedeckt werden könnten. Sie wollte dem Bundesrat auch die Mehreinnahmen vorschreiben, die er damit zu erzielen hätte. Finanzministerin Widmer-Schlumpf gab zu bedenken, dies sei nicht möglich. Der Bundesrat teile aber die Meinung, dass mit Steuerwiderhandlungen alle pflichtbewussten und ehrlichen Steuerpflichtigen geschädigt würden. (17.9.)
- **FINMA:** Der Nationalrat will nicht, dass die Geschäftsleitungsmitglieder der Finanzmarktaufsicht (FINMA) mehr verdienen. Er hat eine Motion der FDP-Fraktion mit 142 zu 25 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die FDP wollte den Bundesrat beauftragen, die in der FINMA-Personalverordnung geregelten Lohnobergrenzen für Geschäftsleitungsmitglieder nach oben anzupassen. Die FINMA brauche für die Rekrutierung von qualifizierten Führungspersonen mehr Gestaltungsspielraum, argumentierte die FDP. Sonst sei sie gegenüber privaten Arbeitgebern im Finanzbereich nicht konkurrenzfähig. (17.9.)
- **Menschenrechte:** Der Nationalrat will die Banken nicht dazu verpflichten, das Verhalten ihrer Geschäftspartner systematisch auf die Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen. Er hat eine Motion von alt Nationalrat Jean-Claude Rennwald (SP/JU) mit 115 zu 56 Stimmen abgelehnt. Rennwald ging es insbesondere um die Finanzierung der Herstellung von Streumunition durch Schweizer Banken. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wies darauf hin, dass dies inzwischen verboten wurde. (17.9.)

- **Finanzausgleich:** Der Nationalrat will nicht dagegen vorgehen, dass Kantone mit unterdurchschnittlich tiefen Steuern von hohen Ausgleichszahlungen aus dem interkantonalen Finanzausgleich profitieren können. Er hat eine Motion der SP-Fraktion mit 103 zu 64 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Auch der Bundesrat hatte sich dagegen ausgesprochen. Im heutigen System würden die Zahlungen reduziert, wenn Steuersenkungen in einem ressourcenschwachen Kanton erfolgreich seien, argumentierte er. (17.9.)
- **Immobilien:** Der Nationalrat hat sich dagegen ausgesprochen, die Mehrwertsteuerschranken bei Immobilienverkäufen zu beseitigen. Er hat eine Motion aus den Reihen der SVP mit 97 zu 74 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Mit der Motion wäre der Bundesrat beauftragt worden, Massnahmen zu ergreifen, um die Abgrenzung zwischen steuerbarer werkvertraglicher Lieferung und steuerfreiem Grundstückskauf zu regeln. Für die Abgrenzung nicht massgebend sein sollte das Kriterium der Finanzierung, beispielsweise die Höhe der Anzahlung. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sagte, der Bundesrat prüfe eine Änderung. Die vorgeschlagene lehne er aber ab. (17.9.)
- **IWF:** Der Nationalrat ist dagegen, dass die Schweiz aus dem IWF austritt. Er hat eine Motion von Oskar Freysinger (SVP/VS) mit 120 zu 35 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Auch Freysingers Forderung nach besserem Schutz des Finanzplatzes lehnte der Nationalrat ab, und zwar mit 122 zu 45 Stimmen bei 7 Enthaltungen. (17.9.)
- **MELANI:** Der Bundesrat muss die Melde- und Analysestelle Informationssicherung Schweiz (MELANI) nicht ausbauen. Der Nationalrat hat eine Motion von Ida Glanzmann (CVP/LU) mit 127 zu 26 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Glanzmann forderte, dass MELANI im Kampf gegen Cyber-Angriffe die guten Dienste der ganzen Wirtschaft erbringen kann. (17.9.)
- **Immobilien:** Das Finanzdepartement (EFD) soll 657,3 Millionen Franken für Immobilienprojekte erhalten. Der Ständerat hiess den Kredit ohne Gegenstimme gut. Der Löwenanteil von 398,5 Millionen Franken geht an die Umnutzung des ehemaligen Eidgenössischen Zeughauses am Guisanplatz in Bern. Im "Verwaltungszentrum Guisanplatz 1" sollen 2700 Büroarbeitsplätze entstehen. Das Gebäude wird künftig das Beschaffungsamt armasuisse und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) sowie die Bundesanwaltschaft und das Bundesamt für Polizei (fedpol) beherbergen. Die Arbeitsplätze sollen ab Ende 2017 bezugsbereit sein. Weitere 220 Millionen Franken fliessen in einen Rahmenkredit für das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL). Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. (17.9.)
- **Banken:** Die neue Bankenregulierung mit "Swiss finish" kann in Kraft treten. Der Nationalrat hat als Zweitrat die Verordnungen zur Umsetzung des Regelwerks "Basel III" und der "Too-big-to-fail"-Vorlage mit 128 zu 40 Stimmen genehmigt. Teile der SVP lehnten ab. Mehrere Redner nutzten in der Debatte die Gelegenheit, nochmals grundsätzlich zum Finanzplatz Stellung zu beziehen. SP und Grüne kritisierten die Vorkehrungen als ernüchternd. Zudem nahm die grosse Kammer eine Motion an, die für die nicht-systemrelevanten Banken eine eigene Verordnung zu den Eigenmitteln fordert, die für diese konkret geringere Anforderungen festschreiben soll. Als systemrelevante Banken gelten in der Schweiz die Grossbanken UBS und CS. Der Bundesrat sieht diese Abstufung bereits genügend verankert. (18.9.)
- **Arbeitsrecht:** Der Bundesrat soll dafür sorgen, dass in der Bundesverwaltung die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen eingehalten werden - auch bei den Kadern. Der Nationalrat nahm mit 164 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Motion seiner Geschäftsprüfungskommission (GPK) an. Mit dieser will die GPK den Bundesrat beauftragen, ein Kontrollkonzept einzuführen, damit Angestellte, die nach dem Modell der Vertrauensarbeitszeit arbeiten, nicht zu viele Überstunden leisten. Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf hatte sich vergeblich gegen die "faktische Wiedereinführung der Stempeluhr" gewehrt. Über die Motion muss noch der Ständerat entscheiden. Heute arbeiten rund zehn Prozent aller Angestellten des Bundes nach dem Modell der Vertrauensarbeitszeit. (18.9.)
- **Geldwäscherei:** Der Nationalrat lehnt mehrere schärfere Regeln gegen die Geldwäscherei ab. Die grosse Kammer lehnte fünf Motionen aus den Reihen der SP mit jeweils 129 zu 59 Stimmen ab. Nichts wissen will der Rat, dass auch Händler von wertvollen Gütern wie Schmuck, Uhren, Kunst oder Rohstoffen dem Geldwäschereigesetz unterstellt werden. Eine Bewilligungspflicht für die Erbringung von Finanzdienstleistungen zu Gunsten von politisch exponierten Personen (PEP) lehnte der Nationalrat auch ab - ebenso wie einen spezieller Nachweis für Gelder von PEP. Keine Chance hatte auch die Senkung der Anforderungen für die Meldepflicht bei Geldwäschereiverdacht und eine strengere Revision bei Finanzintermediären. (18.9.)
- **Währung:** Der Nationalrat will keinen Goldfranken einführen. Er hat mit 135 zu 38 Stimmen bei 15 Enthaltungen eine parlamentarische Initiative aus den Reihen der SVP abgelehnt und folgte somit der Empfehlung der vorberatenden Wirtschaftskommission. Der Goldfranken eigne sich wegen des schwankenden Goldkurses nicht als Zahlungsmittel, sagte Kommissionssprecherin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL). Und als Sparmittel brauche es den Goldfranken nicht - es gebe bereits genügend Möglichkeiten für Kleinsparer, Gold zu erwerben. (18.9.)
- **Beschaffung:** Die Schwellenwerte für eine freihändige Vergabe im öffentlichen Beschaffungswesen sollen nicht angehoben werden. Der Nationalrat lehnte eine entsprechende Motion von Viola Amherd (CVP/VS) mit 154 zu 31 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Der Bundesrat führte unter anderem an, dass der Einbezug mehrere Anbieter die Korruptionsanfälligkeit senken könne. (18.9.)
- **Bundessteuer:** Alle Kantone sollen prüfen lassen, ob die direkte Bundessteuer ordnungs- und rechtmässig erhoben und an den Bund weitergeleitet wird. Der Ständerat hat eine Vorlage einstimmig gutgeheissen, welche die Kantone dazu verpflichtet. Ziel ist es, die Finanzaufsicht über die Erhebung der direkten Bundessteuer zu verbessern. Heute erheben die Kantone die direkte Bundessteuer im Auftrag des Bundes, sind aber nicht dazu verpflichtet, die Ordnungs- und Rechtmässigkeit der Erhebung und der

Ablieferung des Bundesanteils jeweils durch eine unabhängige Stelle prüfen zu lassen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. (19.9.)

- **Unternehmensbesteuerung:** Der Ständerat will dem Bundesrat für die Verhandlungen mit der EU über die Unternehmensbesteuerung keine Eckwerte vorgeben. Er hat eine Motion von Hannes Germann (SVP/SH) mit 25 zu 10 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit im Rat war der Auffassung, es sei nicht nötig, die Eckwerte festzulegen. Der Bundesrat habe sich selbst im Verhandlungsmandat beinahe die selben Vorgaben gemacht, die Germann vorschlage. Auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf argumentierte, das Verhandlungsmandat und die Motion seien inhaltlich fast identisch. Sie erinnerte daran, dass die Aussenpolitischen Kommissionen der Räte das Verhandlungsmandat gutgeheissen hatten. (19.9.)
- **Bundesverwaltung:** Am Lohnsystem in der Bundesverwaltung wird nicht gerüttelt. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat abgelehnt. Der Nationalrat wollte, dass Bundesangestellte nicht mehr automatisch eine Lohnerhöhung von eins bis zwei Prozent erhalten, wenn sie genügende oder gute Leistungen erbringen. Wer überdurchschnittliche Leistungen erbringt, sollte dafür eine Lohnerhöhung von über fünf Prozent erhalten können. Im Ständerat hatte das Anliegen keine Chance. Hans Stöckli (SP/BE) sagte im Namen der vorberatenden Kommission, mit der Flexibilisierung würde die Transparenz im Lohnsystem verschwinden. Ausserdem käme es zwangsläufig zu Reduktionen bei den tieferen Löhnen. (19.9.)
- **Steuerabzüge:** Für ehrenamtliche Tätigkeiten gibt es auch in Zukunft keine Steuerabzüge. Der Ständerat hat eine Motion aus den Reihen der FDP abgelehnt, die der Nationalrat gutgeheissen hatte. Zur Debatte stand ein allgemeiner Steuerabzug für ehrenamtliche Tätigkeiten zugunsten juristischer Personen mit gemeinnützigen Zwecken. Der Ständerat hält nichts davon. Auch der Bundesrat stellte sich gegen die Motion. Die Regierung unterstütze Bestrebungen, freiwillige Tätigkeiten zu fördern, sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Steuerliche Erleichterungen seien aber nicht das geeignete Mittel. (19.9.)
- **Finanzplatz:** Der Nationalrat hat sich einmal mehr mit dem Finanzplatz befasst, im Rahmen einer dringlichen Debatte. Die Ratsmitglieder hatten die Gelegenheit, die Probleme zu beklagen und Schuldige auszumachen. Kritik einstecken mussten sowohl der Bundesrat als auch die Banken - der Bundesrat eher von rechts, die Banken eher von links. Der Bundesrat sei eingeknickt und habe überstürzt das Bankgeheimnis gegenüber dem Ausland aufgegeben, lautete der Vorwurf aus den Reihen der SVP. Für die SP ist nicht der Bundesrat, sondern primär das Bankgeheimnis schuld an der Misere. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf kündigte die Details zur Finanzplatzstrategie für Januar an. (27.9.)
- **Abschreibung:** Nach viermaliger Fristverlängerung hat der Nationalrat im fünften Anlauf zwei Initiativen abgeschlossen, die eine allgemeine Steueramnestie verlangten. Das Resultat war aber knapp: 92 zu 90 Stimmen und 3 Enthaltungen. Beide Räte gaben der Standesinitiative aus dem Kanton Tessin 2003 und 2004 Folge. Eine Vorlage wurde indes nie ausgearbeitet. Zunächst wartete die Kommission die "kleine Steueramnestie" des Bundesrates ab. Diese ist mittlerweile in Kraft. Aus Sicht der Befürworter der Initiative wäre eine Steueramnestie noch immer prüfenswert. Die Gegner beantragten die Abschreibung, weil das Parlament offenbar kein Wille zeige, eine Amnestie zu verabschieden. (28.9.)
- **Pauschalbesteuerung:** Mit 120:41 Stimmen bei 16 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen kam in der Schlussabstimmung das Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand unter Dach, mit dem die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren erhöht wird. (28.9.)
- **Steueramtshilfegesetz:** Die eidgenössischen Räte genehmigten in der Schlussabstimmung mit 134:50 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 40:5 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Steueramtshilfegesetz, das regelt, welche Angaben ein Gesuch enthalten muss, damit die Schweiz bei Steuerdelikten Amtshilfe leistet. (28.9.)
- **Kapitalanlagen:** Mit 128:51 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 44:0 Stimmen bei 1 Enthaltungen wurden in der Schlussabstimmung Änderungen des Kollektivanlagengesetzes angenommen, mit welchen die Regeln in der Schweiz an jene in der EU angepasst werden. (28.9.)
- **Insiderhandel:** Die eidgenössischen Räte genehmigten in der Schlussabstimmung mit 186:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 45:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen Änderungen des Börsengesetzes, mit welchen der Insiderhandel schärfer geahndet werden kann. (28.9.)
- **Staatssekretäre:** Mit 136:48 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde in der Schlussabstimmung das revidierte Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz gutgeheissen, das dem Bundesrat ermöglicht, bei Bedarf zusätzliche Staatssekretäre zu ernennen. (28.9.)

## Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Internationale Währungshilfe:** Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Rahmenkredit von 15 Milliarden Franken zur Weiterführung der internationalen Währungshilfe verabschiedet. Damit kann der Bund einerseits die Garantie für eine Kreditlinie der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an den Internationalen Währungsfonds (IWF) von bis zu 10 Milliarden US-Dollar leisten, so dass Wechselkursschwankungen und eventuelle Zahlungsausfälle abgesichert sind. Diese Kreditlinie ist Teil einer international konzentrierten Aktion, um eine Destabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems im Zuge

der Zuspitzung der Krise im Euroraum zu vermeiden. Andererseits werden Reserven für allfällige weitere Aktionen geschaffen. Vorbehalten bleibt die Zustimmung der Eidgenössischen Räte. (4.7.)

- **Familieninitiative:** Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“ und hat die entsprechende Botschaft verabschiedet. Das Steuerrecht soll gegenüber verschiedenen Familienkonstellationen möglichst neutral sein. Mit der Annahme der Initiative würde die im geltenden Steuerrecht verfolgte Neutralität aufgegeben. (4.7.)
- **MWST-Initiative:** Essen und Trinken im Restaurant soll mehrwertsteuerlich nicht gleich behandelt werden wie der Kauf von Lebensmitteln. Der Bundesrat empfiehlt deshalb die Initiative von Gastrosuisse zur Ablehnung. Der reduzierte Steuersatz soll wie bisher nur für den Verkauf von Nahrungsmitteln als Güter des täglichen Bedarfs gelten. Der Besuch im Restaurant soll zum Normalsatz steuerbar bleiben. Von einer Steuersenkung für das Gastgewerbe würden in erster Linie Personen in guten wirtschaftlichen Verhältnissen profitieren. Beim Bund hätte dies Mindereinnahmen zur Folge, die für den Bundeshaushalt kaum zu verkraften wären. Aus diesen Gründen lehnt der Bundesrat die Volksinitiative von Gastrosuisse ohne Gegenvorschlag ab, wie er in der verabschiedeten Botschaft an das Parlament schreibt. (14.9.)

## Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Finanzmarktinfrastuktur:** Der Bundesrat hat an beschlossen, neue gesetzliche Regelungen für den ausserbörslichen Handel mit Derivaten einzuführen. Gleichzeitig soll die Regulierung im Bereich der Finanzmarktinfrastuktur angepasst werden. Das Eidgenössische Finanzdepartement wurde beauftragt, bis im Frühjahr 2013 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. (29.8.)
- **Ehepaarbesteuerung:** Der Bundesrat will eine Ehepaarbesteuerung, die im Einklang mit der Bundesverfassung steht. Er hat die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz eröffnet, das die steuerliche Benachteiligung von Zweiverdiener- und Rentner-Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren bei der direkten Bundessteuer beseitigt. Dazu wird eine alternative Steuerberechnung von Amtes wegen vorgenommen. (29.8.)
- **Steuerstrafrecht:** Durch eine Vereinheitlichung der Verfahren und der Straftatbestände im Steuerstrafrecht will der Bundesrat die Rechtssicherheit stärken. Ein Sachverhalt soll für sämtliche davon betroffenen Steuern strafrechtlich gleich verfolgt und beurteilt werden. In Hinterziehungsverfahren sollen zudem auch die kantonalen Steuerbehörden Zugang zu Bankdaten erhalten. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. (21.9.)
- **Bauproduktrecht:** Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Bauproduktrechts des Bundes eröffnet. Dieses soll an die neue europäische Bauprodukteverordnung angepasst werden. Ziel der Anpassung ist, die Vorteile des bilateralen Abkommens mit der EU über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) für die Schweiz zu erhalten. (21.9.)
- **Ökologische Steuerreform:** Der Bundesrat hat ein erstes Massnahmenpaket für den schrittweisen Umbau der schweizerischen Energieversorgung in die Vernehmlassung geschickt. Damit will der Bundesrat den Energie- und Stromverbrauch pro Person senken, den Anteil fossiler Energie reduzieren und die nukleare Stromproduktion durch Effizienzgewinne und den Zubau erneuerbarer Energie ersetzen. Dazu beitragen sollen raschere, einfachere Verfahren sowie die Modernisierung und der Ausbau der Stromnetze. Zur Umsetzung der Massnahmen sind eine Totalrevision des Energiegesetzes sowie weitere gesetzliche Anpassungen nötig. Die Vernehmlassung dauert bis am 31. Januar 2013. Der Bundesrat hat zudem das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, für die zweite Phase der Energiestrategie eine ökologische Steuerreform vorzubereiten. Bis 2014 soll dazu eine Vernehmlassungsvorlage erarbeitet werden. (28.9.)

## Internationales

- **IOTA:** Die Generalversammlung der Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA) hat in Oslo der Schweiz die Präsidentschaft für das Amtsjahr 2012/2013 übertragen. Ausgeübt wird diese Funktion von Samuel Tanner, dem Direktor a.i. der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV), der bereits mehrere Jahre die Schweiz im Vorstand der Organisation vertritt und ab sofort den Vorstand bis zur nächsten Generalversammlung leiten wird. (9.7.)
- **Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich:** Die Schweiz und Frankreich haben eine Revision des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern paraphiert. Die Revision, die in enger Zusammenarbeit und unter Beizug der Kantone erfolgte, ersetzt den Erlass aus dem Jahre 1953 und wird noch Gegenstand eines Anhörungsverfahrens sein. Die Publikation des re-

vidierten Abkommens erfolgt unmittelbar nach seiner Unterzeichnung. Zur Anwendung gelangt es spätestens am 1. Januar 2014. (9.7.)

- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Malta:** Mit dem diplomatischen Notenaustausch vom 6. Juli 2012 ist das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und der Republik Malta gleichentags in Kraft getreten. Es enthält Bestimmungen über den Austausch von Informationen gemäss dem heute geltenden internationalen Standard. Das DBA trägt zur weiteren positiven Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (11.7.)
- **Mehrwertsteuervereinbarung mit Liechtenstein:** Die Schweiz und Liechtenstein haben ihre Vereinbarung vom 28. November 1994 zum Vertrag betreffend die Mehrwertsteuer im Fürstentum Liechtenstein den aktuellen Verhältnissen angepasst und die total revidierte Vereinbarung heute unterzeichnet. (12.7.)
- **Gruppenanfragen:** Der OECD-Rat hat in Paris die Neukommentierung von Artikel 26 des Musterabkommens zur Steueramtshilfe einstimmig genehmigt. Neu gehören Gruppenanfragen zum Standard. Im Auftrag des Bundesrates hat auch der Vertreter der Schweiz dieser Änderung zugestimmt. (18.7.)
- **Aussenhandel:** Im Umfeld der sich eintrübenden Weltkonjunktur stagnierten in den ersten sechs Monaten 2012 sowohl die Exporte wie auch die Importe. Dabei ging der Aussenhandel mit der EU in beiden Verkehrsrichtungen merklich zurück. Die Handelsbilanz wies einen Überschuss von 11,6 Mrd. Fr. auf. (19.7.)
- **FRONTEX-Einsatz:** Während eines FRONTEX-Einsatzes hat ein Schweizer Grenzwächter mit seinem Diensthund an der spanisch-marokkanischen Grenze in Algeciras 1227 Kilogramm Haschisch sichergestellt. Der Schmuggler, ein Marokkaner, wurde an die spanischen Behörden übergeben. (25.7.)
- **Olympische Sommerspiele:** Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf wird am 27. Juli als offizielle Vertreterin der Schweiz an der Eröffnungszereemonie der olympischen Sommerspiele in London teilnehmen. Zuvor werden die teilnehmenden Staatsoberhäupter von der britischen Königin empfangen. (26.7.)
- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Rumänien und der Republik Korea:** Die Änderungsprotokolle zu den Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und Rumänien sowie zwischen der Schweiz und Südkorea sind in Kraft getreten. Sie enthalten eine Amtshilfeklausel gemäss international gültigem Standard. Die Änderungsprotokolle tragen zur weiteren positiven Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (26.7.)
- **Auslandsschweizer:** Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf hat im Bernerhof rund 50 Auslandsschweizer-Kinder empfangen. Sie dankte ihren jugendlichen Gästen für ihre Verbundenheit mit der Schweiz. (3.8.)
- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Singapur:** Das neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und Singapur ist in Kraft getreten. Es enthält eine Amtshilfeklausel gemäss international gültigem Standard. Das neue DBA trägt zur weiteren positiven Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (3.8.)
- **Treffen mit Monti:** Bundespräsidentin und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und der italienische Premierminister Mario Monti trafen sich in Silvaplana, wo sich Mario Monti derzeit in den Ferien aufhält. (17.8.)
- **Botschafterkonferenz:** Die Botschafter- und Aussennetzkonferenz 2012 hat in Bern mit der Eröffnungsrede von Bundesrat Didier Burkhalter begonnen. Die dreitägige Veranstaltung erörtert unter dem Titel „Die Schweiz in der Welt - Vision 2022: ein Jahrzehnt gestalten“ die mögliche Entwicklung der Aussenpolitik in den kommenden zehn Jahren. Verschiedene Szenarios und Herausforderungen werden in Plenardiskussionen und Arbeitsgruppen diskutiert. (20.8.)
- **Aussenhandel:** Im Juli 2012 nahmen die Exporte und die Importe zwar sichtbar zu, dies jedoch nur dank eines zusätzlichen Arbeitstages. Bereinigt aber stagnierten sie. Die Handelsbilanz wies einen Überschuss von 2,9 Mrd. Fr. auf, was den zweithöchsten je gemessenen monatlichen Überschuss darstellt. (23.8.)
- **Paralympische Spiele:** Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf wird am 29. August als offizielle Vertreterin der Schweiz an der Eröffnungszereemonie der paralympischen Spiele in London teilnehmen. Zuvor werden die teilnehmenden Staatsoberhäupter vom stellvertretenden britischen Premierminister Nick Clegg und vom Lord Mayor der City of London, David Wootton, empfangen. (28.8.)
- **FATCA:** Der Bundesrat hat das Mandat für Verhandlungen mit den USA über ein Rahmenabkommen zur vereinfachten Umsetzung von FATCA verabschiedet. Die zuständigen Kommissionen der Eidgenössischen Räte haben dem Mandat zugestimmt. Die entsprechenden Verhandlungen werden in Kürze aufgenommen. (29.8.)
- **Steuerverhandlungen mit Italien:** Der Bundesrat hat das Mandat für die Steuer- und Finanzverhandlungen mit Italien verabschiedet. Das Mandat legt die wesentlichen Punkte fest, auf denen die Verhandlungen basieren sollen. Es geht darum, die Strategie des Bundesrates für einen steuerlich konformen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz fortzuführen und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit Italien zu konsolidieren. (29.8.)
- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden und der Slowakei:** Die Änderungsprotokolle zu den Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und Schweden sowie zwischen der Schweiz und der Slowakischen Republik sind in Kraft getreten. Sie enthalten eine OECD-Amtshilfeklausel. Die Änderungsprotokolle tragen zur weiteren positiven Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (30.8.)
- **IWF/Weltbank:** Aus Anlass ihres 20-jährigen Bestehens findet am 7. und 8. September 2012 in Montreux ein Treffen der schweizerischen Stimmrechtsgruppe in IWF und Weltbank statt. Für die Schweiz nehmen Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrat Johann Schneider-Ammann sowie

Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, teil. Für ein wirtschaftlich offenes Land mit einem wichtigen Finanzplatz wie die Schweiz ist die Mitgliedschaft in den Bretton-Woods-Institutionen von besonderer Bedeutung. (4.9.)

- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Slowenien:** Die Schweiz und Slowenien haben in Ljubljana ein Protokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen unterzeichnet. Es enthält Bestimmungen über den Austausch von Informationen gemäss dem heute geltenden internationalen Standard und einige Anpassungen des bestehenden Abkommens. Das neue DBA trägt zur weiteren positiven Entwicklungen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (7.9.)
- **Besuch des Präsidenten der Slowakei:** Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf hat in Bern den Präsidenten der Slowakischen Republik Ivan Gašparovič zu einem offiziellen Besuch empfangen. Präsident Gašparovič wurde vom slowakischen Vizepremierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten Miroslav Lajčák begleitet, der zu einem Arbeitsgespräch mit seinem Amtskollegen Bundesrat Didier Burkhalter zusammentraf. Der offiziellen Delegation gehörte auch der slowakische Wirtschaftsminister Tomáš Malatinský an, der Bundesrat Johann Schneider-Ammann getroffen hat. (10.9.)
- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Tschechien:** Die Schweiz und Tschechien haben heute in Prag ein Protokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen unterzeichnet. Es enthält Bestimmungen über den Austausch von Informationen gemäss dem heute geltenden internationalen Standard und einige Anpassungen des bestehenden Abkommens. Das neue DBA trägt zur weiteren positiven Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (11.9.)
- **Besuch von Ban Ki-moon:** UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat der Schweiz zum zehnjährigen Jubiläum des UNO-Beitritts einen zweitägigen Besuch abgestattet. Nachdem er den Montag, 10. September 2012, in Genf verbracht hatte, begab er sich am Dienstag, 11. September 2012, nach Bern, wo er Gespräch mit Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin Doris Leuthard und Bundesrat Didier Burkhalter führte. Der UNO-Generalsekretär hielt zudem eine Ansprache vor der Bundesversammlung. (11.9.)
- **UNO-Generalversammlung:** Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Bundesrat Didier Burkhalter werden während der hochrangigen High Level Woche (24.-28. September) der 67. UNO-Generalversammlung die Schweiz in New York vertreten. An der Generaldebatte wird die Bundespräsidentin am 25. September die Schwerpunkte der UNO-Politik der Schweiz vorstellen. Zu diesen gehören unter anderem die internationale Sicherheit und insbesondere die Situation in Syrien, die Reformen der UNO sowie die nachhaltige Entwicklung. Zudem werden beide Vertreter des Bundesrats die Anwesenheit hochrangiger Delegationen in New York zu verschiedenen bilateralen Treffen nutzen. (19.9.)
- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Bulgarien:** Die Schweiz und Bulgarien haben in Sofia ein neues Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen unterzeichnet. Es ersetzt das Abkommen vom 28. Oktober 1991 und enthält Bestimmungen über den Austausch von Informationen gemäss dem heute geltenden internationalen Standard und folgt weitgehend der schweizerischen Abkommenspolitik. Das neue DBA trägt zur weiteren positiven Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (19.9.)
- **Exporte:** Im August entwickelte sich der Aussenhandel überraschend dynamisch - insbesondere exportseitig. Zum deutlichen Anstieg trug nebst den Präzisionsinstrumenten und der Uhrenindustrie vor allem die Chemisch-Pharmazeutische Industrie namhaft bei. Allerdings zogen auch die Exportgüterpreise markant an. Die Handelsbilanz wies derweil einen Überschuss von 1,7 Mrd. Fr. auf. (20.9.)
- **Doppelbesteuerungsabkommen mit Peru:** Die Schweiz und Peru haben am 21. September in Lima ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen unterzeichnet. Es enthält Bestimmungen über den Austausch von Informationen gemäss dem heute geltenden internationalen Standard und erhöht die Rechtssicherheit für Schweizer Investoren. Das DBA trägt zur weiteren positiven Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bei. (24.9.)

## Wichtige Verordnungen

- **Liquiditätsverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Anhörung zu einer Liquiditätsverordnung eröffnet. Die Banken sollen verpflichtet werden, ihre Liquidität so zu steuern, dass sie auch in akuten Stresssituationen zahlungsfähig bleiben. Die neuen Bestimmungen stützen sich auf die internationalen Vorgaben des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht. (28.8.)
- **Versicherungsaufsicht:** Das Eidgenössische Finanzdepartement hat die Anhörung zu einer Teilrevision der Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Aufsichtsverordnung) eröffnet. Sie dauert bis 19. Oktober 2012. Mit der Revision wird die Bestimmung über die sogenannte Zinskurve, die für die marktnahe Bewertung von Versicherungsverpflichtungen massgebend ist, punktuell angepasst. (20.9.)

## Weitere EFD-Geschäfte

- **Beschaffungscontrolling:** Der Bundesrat hat die Massnahmen für die laufenden Arbeiten zum bundesweiten departementsübergreifenden Beschaffungscontrolling und zur Verbesserung der Führung von Schlüsselprojekten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) weiter konkretisiert. Er hat die Generalsekretärenkonferenz (GSK) beauftragt, weitere Handlungsempfehlungen zum Beschaffungscontrolling zu Händen des Bundesrates zu erarbeiten. (4.7.)
- **Brennapparatesammlung:** Der Kanton Jura und die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) haben im EAV-Profitcenter Alcosuisse in Delsberg eine Vereinbarung zur Erschliessung der Brennapparatesammlung unterzeichnet. Die Vereinbarung ist die erste Etappe auf dem Weg zu einem Schweizerischen Brennereimuseum im Jura. (10.7.)
- **Zollanlage:** Die Gemeinde Martigny erhält eine neue Zollanlage. Im Rahmen eines vom Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) ausgeschriebenen Architekturwettbewerbs hat die Jury aus 64 eingereichten Vorschlägen ein Projekt zur Weiterbearbeitung ausgewählt. In einer Ausstellung werden in den nächsten zehn Tagen alle Wettbewerbsprojekte der Öffentlichkeit präsentiert. (20.7.)
- **Alkoholkonsum:** 2011 lag der Alkoholkonsum in der Schweiz, alle alkoholischen Getränke zusammengefasst, bei 8,5 Liter reinem Alkohol. Nach drei leicht rückläufigen Jahren hat er sich somit stabilisiert. Unveränderte Berechnungsmethoden ermöglichen Vergleiche über die 125 Jahre Tätigkeit der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV). Im Jahr 1900 trank der Durchschnittsschweizer 17 Liter reinen Alkohol. (26.7.)
- **Kalte Progression:** Für das nächste Steuerjahr entfällt der Ausgleich der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer. Gemäss Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) liegt der Indexstand der Konsumentenpreise per Ende Juni 2012 tiefer als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Aus diesem Grund belässt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Tarife und Abzüge für das Steuerjahr 2013 unverändert. (6.8.)
- **Verhaltensregeln für Bundesangestellte:** Der Bundesrat hat erweiterte Verhaltensregeln für die Bundesangestellten zur Vermeidung von Interessenkonflikten und zum Umgang mit nicht öffentlich bekannten Informationen verabschiedet. Diese treten am 15. September 2012 in Kraft. (15.8.)
- **Beschaffungszahlungen:** Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat die Statistik „Beschaffungszahlungen der Bundesverwaltung“ veröffentlicht. Auf der Homepage der Beschaffungskommission des Bundes (BKB) steht die Standardauswertung dieser Statistik auf Deutsch, Französisch und Italienisch als Download zur Verfügung. (21.8.)
- **Broschüre:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) veröffentlicht die Broschüre „Eidgenössisches Finanzdepartement EFD“. Die Publikation stellt die Bundesämter und Fachstellen des EFD vor und enthält eine Auswahl von Faktenblättern zu zentralen Geschäften des Departementes. (28.8.)
- **Delegierter für Mehrsprachigkeit:** Der Delegierte für Mehrsprachigkeit, Vasco Dumartheray, verlässt die Bundesverwaltung per 30. November 2012. Er war für das Dossier Mehrsprachigkeit im Eidgenössischen Personalamt zuständig. (31.8.)
- **Bundeshaus Ost:** Die Sanierungsarbeiten am Bundeshaus Ost haben begonnen. Das Bauprojekt soll bis 2016 abgeschlossen sein und sieht schweremässig die Sanierung der Innenräume, punktuelle Verbesserungen der Gebäudehülle sowie die Erneuerung der haus- und sicherheitstechnischen Anlagen vor. (3.9.)
- **Agroscope:** Mit dem offiziellen Spatenstich haben die Bauarbeiten bei der Forschungsanstalt Agroscope ACW in Changins begonnen. Das Projekt sieht eine Modernisierung der Infrastruktur vor, indem ein lang gezogener Neubau mit vorgelagerten Gewächshäusern das alte Laborgebäude aus den 1970er-Jahren ersetzt. (13.9.)
- **INSIEME:** Das Informatikprojekt INSIEME der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) wird abgebrochen. In diesem Sinn hat Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), die Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte informiert. Die Projektorganisation wird bisher erarbeitete Resultate sichern und bereits erstellte Komponenten in den Betrieb überführen. (20.9.)
- **Unternehmenssteuerreform III:** Bund und Kantone arbeiten bei der Ausarbeitung der Unternehmenssteuerreform III eng zusammen. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) hat an ihrer Plenarversammlung einer entsprechenden Einsetzungsverfügung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) zugestimmt und ihre Vertretungen in der Projektorganisation bestimmt. (21.9.)
- **Schlichtungskommission nach Gleichstellungsgesetz:** Der Bundesrat hat Anne-Françoise Baer Bösch zum neuen Mitglied der Schlichtungskommission nach Gleichstellungsgesetz gewählt. Sie ersetzt für den Rest der laufenden Amtsperiode 2012 – 2015 Veronique Saucy, von deren Rücktritt der Bundesrat unter Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis genommen hat. (26.9.)
- **FINMA-Verwaltungsrat:** Der Bundesrat hat Paul Müller zum neuen Vizepräsidenten des Verwaltungsrates der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) gewählt. Paul Müller tritt per 1. Oktober 2012 die Nachfolge von Monica Mächler an, von deren Rücktritt der Bundesrat unter Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis genommen hat. Zum neuen Mitglied des FINMA-Verwaltungsrats wurde Franz Wipfli Späni gewählt. (28.9.)